

Stadt Lüdenscheid
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler

Rede zur Einbringung des
Verwaltungsentwurfs
zum Haushalt 2014

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die französische Hauptstadt Paris verfügt über ein sehr markantes Wappen. Es zeigt ein Schiff mit aufgeblähtem Segel, gerade so als fahre es unter starkem Wind. Darunter befindet sich der lateinische Wahlspruch der Stadt, den wir übersetzen können mit: „Es schwankt, aber es geht nicht unter!“

Sie werden sich möglicherweise fragen, warum ich meine diesjähriges Haushaltsrede damit beginne, Ihnen etwas vom Pariser Stadtwappen zu berichten. Nun: Sowohl das Bild von dem im vollen Segel stehenden Schiff als auch der Wahlspruch haben mich an die Situation der Stadt Lüdenscheid, sowie an die Entwicklungen der letzten Monate und die Rahmenbedingungen des Haushalts 2014 erinnert.

Ja, die Haushaltswirtschaft der Stadt Lüdenscheid und das Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2014 sind in 2013 in schweres Fahrwasser geraten und viele Wochen war kein rettendes kein Ufer in Sicht.

Lassen Sie mich die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, wenn Sie so wollen: die Stürme und die Fluten, anhand einiger Beispiele beschreiben:

- Da ist zunächst die unbefriedigende - und hinsichtlich der Ursachen auch kaum nachvollziehbare - Entwicklung der Gewerbesteuer zu nennen: Anstelle der ansonsten üblichen Aufwärtsentwicklung im gesamten Jahresverlauf war seit April weitreichende Stagnation zu verzeichnen. Auch wenn sich die Gesamtsituation angesichts der etwas günstigeren Entwicklung im Oktober mit einem Zugang von rund zwei Millionen Euro aktuell etwas aufgehellt hat: Es steht zu befürchten, dass wir den Haushaltsansatz von 55 Mio. Euro in diesem Jahr um rund 10 Mio. Euro verfehlen werden. Dabei ist - zur Vermeidung eventueller Fehlinterpretationen - anzumerken, dass der Haushaltsansatz 2013 nicht überhöht gewählt war, sondern vielmehr um rund zwei Millionen Euro hinter dem Ergebnis 2012 zurückblieb.
- Die zweite Hiobsbotschaft erreichte uns von der Enervie: Anstelle der fest eingeplanten, je nach Sicht der Dinge sogar zurückhaltend kalkulierten, millionenschweren Dividendenzahlungen in 2014 und 2015 sind nunmehr Nullrunden zu erwarten. Massive Verluste im Bereich der

Energieerzeugung erfordern umfassende Sanierungsmaßnahmen, damit zumindest in den Folgejahren wieder mit den dringend erforderlichen Dividendenzahlungen gerechnet werden kann. Die Suche nach den Gründen für die Misere bei der Enervie, hier möge aus Vereinfachungsgründen das Stichwort Energiewende genügen, führt einmal mehr auf die Bundesebene. Dortige Beschlüsse - und ich betone: gleich welcher Koalitionsmehrheiten - schlugen in der Vergangenheit immer wieder belastend auf die kommunale Ebene durch und stehen neben den Belastungen, die sich aus den in der Vergangenheit immer wieder beklagten Verletzungen des Konnexitätsprinzips ergeben haben.

- Ein weiteres gravierendes Problem kann in unmittelbarer Nachbarschaft besichtigt werden: Dringend notwendige Reparaturen und umfangreiche Modernisierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen am Rathaustunnel werden in den nächsten Monaten nicht nur die Nerven der Autofahrerinnen und Autofahrer auf manch harte Geduldsprobe stellen - nein, finanzielle Verpflichtungen, deren exakte Höhe zur Zeit noch nicht absehbar sind und nach den jüngsten Aussagen der Technischen Beigeordneten die bisherigen Befürchtungen noch um ein Vielfaches übersteigen können, führen zu erheblichen Belastungen des städtischen Haushalts, die in der bisherigen Finanzplanung nicht berücksichtigt waren.

Summieren wir die vorgenannten drei Belastungsfaktoren einmal grob überschlägig auf, kommen wir zu Verschlechterungen von weit über 20 Millionen Euro gegenüber dem Planungsstand zu Beginn des Jahres 2013.

Doch damit nicht genug:

- Auch die ersten Hochrechnungen zur Schlüsselzuweisung, die wir im Verwaltungsentwurf nun mit rund 11,5 Mio. Euro veranschlagt haben, weisen zwar eine Verbesserung von rund 4 Millionen gegenüber dem Ansatz 2013 auf, blieben zugleich aber deutlich hinter unseren Hoffnungen zurück. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass die Berechnungsparameter für die Schlüsselzuweisung zum wiederholten Male geändert worden sind. Gehörte Lüdenscheid bei der letzten Änderung dieser Parameter zu den Gewinnerinnen, sieht es dieses Mal wieder genau anders aus. Wie die Parameter in den nächsten Jahren weiter entwickeln werden, ist im Übrigen im Moment wenig vorhersehbar, weil - mit fortbestehender weitreichender kommunaler Finanznot in Nordrhein-Westfalen - auch zukünftig mit heftigen Auseinandersetzungen um den „richtigen“ Verteilmechanismus und demzufolge auch mit der einen oder anderen Anpassung zu rechnen ist.
- Zu Beginn der verwaltungsinternen Planungen zum Haushalt 2014 mussten wir schließlich davon ausgehen, dass zusätzliche Belastungen durch den Landschaftsverband und den Märkischen Kreis aufzufangen sein würden. Diese hatten in den letzten Jahren ihre Ausgleichsrücklagen weitestgehend aufgezehrt, so dass die Puffermöglichkeiten für zukünftige Plandefizite erschöpft waren. Bei ansonsten gleichbleibenden Rahmenbedingungen führt dies aufgrund der geltenden Rechtslage zu einer Erhöhung des Umlagesatzes.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

eine solche Fülle massiver Rückschläge und drohender Risiken habe ich in meiner bisherigen Amtszeit bei der Stadt Lüdenscheid nur selten erlebt. Das sind Größenordnungen, die realistischerweise nicht mit eigenen Maßnahmen kurz- oder mittelfristig kompensiert werden können. Das sind überaus gravierende Probleme für eine Gemeinde in der Haushaltssicherung.

Das nüchterne Fazit in Zahlen: Mit 25 Millionen Euro fällt das im Verwaltungsentwurf ausgewiesene Defizit 2014 um 10 Millionen Euro höher aus als in 2013 und um 7 Millionen Euro höher als in der Finanzplanung erwartet.

Dabei ist positiv anzumerken, dass die Befürchtungen gegenüber Landschaftsverband und Märkischem Kreis wohl nicht Realität werden: Parallel zu eigenen Einsparbemühungen, parallel zu entlastenden Effekten im Bereich der Sozialen Leistungen ist in der Gesamtschau aller zu berücksichtigenden kommunalen Körperschaften die Steuerkraft gestiegen, so dass es - nach derzeitigem Stand der Dinge - wohl zu keiner Erhöhung der Umlagesätze kommen wird.

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Trotz aller Rückschläge, trotz aller Zusatzbelastungen, trotz deutlichem Anstieg des Plandefizits kann die Verwaltung zusammen mit dem Entwurf zum Haushalt 2014 ein zum Ende des zulässigen Ausgleichszeitraums weiterhin ausgeglichenes Haushaltssicherungskonzept vorlegen. Denken wir an den Wappenspruch: Es schwankt, aber es geht nicht unter!

Allerdings drängt sich hier eine bedeutsame Frage auf: Wie kann es sein, dass bei all diesen Schreckensmeldungen nach erfolgter Fortschreibung weiterhin ein ausgeglichenes Haushaltssicherungskonzept vorgelegt werden kann? Wurden hier „stille Reserven“ gehoben, an die vorher niemand heran wollte - eine „heimliche Kasse“ des Kämmers gar, die manch einer über all die Jahre schon immer vermutet hatte?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

sofern Sie irgendwelchen Theorien über Heimlichkeiten, dunkle Machenschaften oder Trickserien anhängen wollen, muss ich Sie enttäuschen. Nichts davon trifft zu. Lassen Sie mich den Sachverhalt erklären, der mit einer „wundersamen Geldvermehrung“ nicht das geringste zu tun hat. Um den zeitlichen Rahmen, der mir hier zur Verfügung steht, nicht zu überschreiten, beschränke ich mich dabei auf drei zentrale Aspekte:

Beginnen wir mit einem für die Berechnung von Kreisumlage und Schlüsselzuweisung bedeutsamen Effekt. Ein wesentlicher Einflussfaktor bei der Berechnung von Kreisumlage und Schlüsselzuweisung bildet die gemeindliche Steuerkraft. Gemäß dem Motto „Wer viel hat, kann viel abgeben“ - das bezieht sich auf die Kreisumlage - bzw. „Wer viel hat, dem muss nicht noch gegeben werden“ - hier geht es um die Schlüsselzuweisung - führt eine hohe Steuerkraft zu einer hohen Kreisumlage und zu niedrigen Schlüsselzuweisungen. Im Umkehrschluss sind aufgrund der deutlich gesunkenen Gewerbesteuererträge - und damit einer deutlich verminderten Steuerkraft - in der Folge eine niedrigere Kreisumlage und höhere Schlüsselzuweisungen zu erwarten. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass die Referenzperiode zur Ermittlung der Lüdenscheider Steuerkraft hinsichtlich der Kreisumlage und der Schlüsselzuweisungen 2014 den Zeitraum 01.07.2012 bis 30.06.2013 umfasst. Dies bedeutet wiederum, dass dem schlechten ersten Halbjahr 2013 ein gutes zweites Halbjahr 2012 gegenübersteht. Anders, etwas flapsig, ausgedrückt: Land und Kreis haben noch gar nicht im vollen Umfang mitbekommen, dass die örtliche Steuerkraft deutlich nachgelassen hat.

Für den Haushalt 2014 und das HSK bedeutet dies, dass wir die aufgrund der gesunkenen Gewerbesteuer zu erwartenden Entlastungseffekte durch sinkende Kreisumlage und steigende Schlüsselzuweisungen im Haushalt 2014 nur teilweise sehen, im HSK aber - vorgehend auf 2015 und Folgejahre - bereits berücksichtigen können.

Ein zweiter Effekt ist durch die vom Innenministerium vorgegebene Methodik zur Hochrechnung wesentlicher Haushaltspositionen im HSK-Zeitraum bedingt. Seit vielen Jahren teilt das Land den

Kreisen, Städten und Gemeinden in einem Erlass seine Annahmen zu den mittelfristigen Entwicklungen in zentralen Haushaltsbereichen mit, deren Beachtung die Aufsichtsbehörde insbesondere bei unausgeglichenen Haushalten eine große Bedeutung beimisst. In diesem Sinne wurden auch bei der Erstellung des Verwaltungsentwurfs zum Haushalt 2014 und im HSK die im Juli bekanntgegebenen Orientierungsdaten 2014 - 2017 berücksichtigt. Für die über diesen Zeitraum hinausgehenden Haushaltsjahre sind die Ansätze jedoch aufgrund eines vom Innenministerium vorgegebenen statistischen Verfahrens zu ermitteln. Dieses statistische Verfahren führt dazu, dass bedeutsame Schwankungen in der zugrunde zu legenden zehnjährigen Zeitreihe Steigerungen bei den in späteren Jahren anzusetzenden Wachstumsraten auslösen können. Für die Lüdenscheider Gewerbesteuerentwicklung bedeutet dies, dass sich der Wechsel von 55 Mio. Euro 2012 zu 45 Mio. Euro in 2013 - mit einer Gesamtsumme von 100 Mio. - für die Zukunft günstiger auswirkt, als wenn in beiden Jahren jeweils 50 Mio. Euro, insgesamt also auch wieder 100 Mio., zu vermerken gewesen wären.

Sollten Sie diesem Sachverhalt nur wenig Glauben schenken, darf ich Sie auf einen eigenen Aufsatz zu diesem Thema in der Fachzeitschrift der Gemeindehaushalt aus dem Jahr 2012 verweisen, in dem dieser Effekt - anhand von einigen Musterberechnungen für jeden nachvollziehbar - ausführlich beschrieben ist und der - nach meinem Kenntnisstand - bisher unwidersprochen blieb.

Der dritte und bedeutsamste Effekt ist die für die Genehmigungsfähigkeit eines Haushaltssicherungskonzeptes entscheidende Fixierung auf den strukturellen Ausgleich von Aufwendungen und Erträgen im letzten Jahr des Haushaltssicherungskonzeptes zurückzuführen. „Struktureller Ausgleich“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass lediglich die laufenden Aufwendungen und Erträge zu berücksichtigen sind, dementsprechend also außerordentliche, sprich: einmalige, Effekte außer Betracht bleiben.

Was bedeutet dies nun für während der Laufzeit des Haushaltssicherungskonzeptes auftretende Einmaleffekte? Am besten verdeutlichen wir uns dies anhand einer einfachen Überschlagsrechnung: Gehen wir einmal davon aus, dass ein Einmaleffekt zu einer Belastung von 10 Millionen Euro führt. Dann erhöht dies, bei einem ohnehin unausgeglichenen Haushalt, zunächst den Kassenkreditbedarf in exakt gleicher Höhe. Für diesen Kassenkredit sind in den folgenden Jahren Kreditzinsen aufzuwenden, die Tilgung des Kredits stellt üblicherweise keinen Aufwand dar. Gehen wir nun von einem Kassenkreditzins von 1% aus, dann steht der einmaligen Belastung in Höhe von 10 Mio. Euro lediglich ein im HSK zu berücksichtigender Zinsaufwand in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr gegenüber.

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Um gerade zu diesem letzten Punkt jeglicher Form von Missverständnissen oder Fehlinterpretationen gleich vorzubeugen: Ich lege großen Wert darauf, dass die vorstehenden Ausführungen zu den Auswirkungen einer Kassenkreditaufnahme auf ein Haushaltssicherungskonzept als Sachverhaltsdarstellung zu verstehen sind. Sie dienen nicht der Beschönigung und Verharmlosung der damit im weiteren verbundenen Probleme; sind stellen insbesondere keine Handlungsempfehlung dar, auf alle vorstellbaren Fährnisse der Zukunft weiterhin fröhlich mit der zusätzlichen Inanspruchnahme von Kassenkrediten zu reagieren.

Gleichwohl haben wir heute anzuerkennen:

Aufgrund der Größenordnung der hier skizzierten Probleme erscheint ein kurzfristig angelegtes Dagegen-Ansparen zur weitgehenden Kompensation der sich hier auftuenden Finanzierungslücken unrealistisch. Das heißt nicht, die Hände in der Zukunft einfach tatenlos in den Schoß zu legen, aber die Fakten sind zunächst einmal ohne Wenn und Aber anzuerkennen. Die in der Gesamtschau

fehlenden Mittel müssen über zusätzliche Kassenkredite in zweistelliger Millionenhöhe abgedeckt werden. Die Gesamtverschuldung wird hierdurch deutlich ansteigen.

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch wenn zur Ausweisung eines höheren Defizits im Haushalt 2014 sowie zur Ausweitung des Kassenkreditvolumens kurzfristig keine ausreichend wirksamen und inhaltlich überzeugenden Alternativen zur Verfügung steht, ist auf die Konsequenzen dieses Tuns deutlich hinzuweisen:

Zum einen führt jedes Jahresdefizit zu einem zusätzlichen Eigenkapitalverzehr. Ein solcher Eigenkapitalverzehr kann nicht beliebig fortgesetzt werden und führt in der Tendenz in die bilanzielle Überschuldung - ein für die kommunale Haushaltswirtschaft, insbesondere auch in Bezug auf die noch verbliebenen autonomen Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort, äußerst bedeutsamer Tatbestand.

Zum anderen gilt: Auch wenn wir zur Zeit von niedrigen Zinsen profitieren und die Europäische Zentralbank mit ihrer Leitzinssenkung in der vergangenen Woche begünstigend auf das niedrige Zinsniveau eingewirkt hat: Es gibt keine Garantie dafür, dass diese für die Stadt günstige Zinssituation mittel- bis langfristig Bestand hat. Mit der Ausweitung des Kassenkreditvolumens steigen die finanziellen Risiken einer Zinssteigerung für den städtischen Haushalt erheblich.

Schließlich darf nicht übersehen werden, dass jeder Kredit irgendwann einmal wieder zurückzuzahlen ist. Dies bedeutet, dass in der Zukunft über den anzustrebenden strukturellen Ausgleich von Aufwendungen und Erträgen hinausgehend Überschüsse erwirtschaftet werden müssen, um die vorher aufgehäuften Kassenkredite auch tilgen zu können.

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unabhängig von der Frage, wie im weiteren Verlauf mit den hier angesprochenen millionenschweren Veränderungen - über die Aufnahme neuer Kassenkredite hinausgehend - in Zukunft umgegangen werden soll, halte ich es für erforderlich, zunächst verwaltungsintern zu den bisherigen Erfahrungen mit dem Haushaltssicherungskonzept Zwischenbilanz zu ziehen und die hieraus abzuleitenden Schlussfolgerungen bei der Erstellung des Verwaltungsentwurfs zum Haushalt 2015 und der damit verbundenen Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zu berücksichtigen.

Dabei wird es auch darum gehen, eine Frage zu beantworten, die in der Vergangenheit quer durch alle Fraktionen immer wieder aufgeworfen, für die aber bisher noch keine überzeugende Antwort gefunden wurde: Wie können dauerhaft und planungssicher ausreichende Mittel für die Straßenunterhaltung bereitgestellt werden?

Die Fortführung der bisherigen Vorgehensweise, mehr oder weniger regelmäßig nach Abschluss der eigentlichen Haushaltsplanberatungen und unter Verweis auf die nach einem mal sehr kalten, mal schneereichen, mal langen oder sonstwelchem Winter zu besichtigenden Straßenschäden zusätzliche Mittel zur Straßenunterhalten bereitzustellen, wirkt letztlich wenig überzeugend. Zudem müsste es einem neutralen Beobachter durchaus widersinnig erscheinen, dass der Rat einerseits wiederholt Budgetkürzungen für den STL beschlossen hatte - die im übrigen gegenüber dem STL durch die Kämmerei nie einseitig verfügt, sondern in den Haushaltsgesprächen (wenn auch unter

heftigem Wehklagen seitens des STL) abgestimmt worden waren - um dann in Nachhinein, teilweise auch unter Verweis auf diese Budgetkürzungen, nach Wegen zur Bereitstellung zusätzlicher Mittel zu suchen.

Nachdem in den vergangenen Monaten von der Kämmerei und mir insbesondere mit dem Werkleiter des STL, Heino Lange, sehr konstruktive Erörterungsgespräche zum Themenbereich Straßenunterhaltung geführt wurden, kann meines Erachtens folgendes Zwischenfazit gezogen werden:

1. Die Mittel für die Straßenunterhaltung sollten aus der Gesamtpauschale für den STL herausgenommen werden. Hierdurch wird einerseits sehr viel transparenter, welche Mittel für die Straßenunterhaltung tatsächlich zur Verfügung stehen. Zum anderen hatte bereits der vormalige Leiter des STL, Wolfgang Klose, deutlich gemacht, dass mit der zunehmenden Verteuerung der Straßenbeleuchtung, die ebenfalls über die Gesamtpauschale des STL abgewickelt wird, anderen Bereichen die ursprünglich vorhandenen Mittel - und dazu gehörten dann auch die Straßenunterhaltung und Teile der Grünpflege in der Stadt - entzogen werden mussten.
2. Die jährlich durch den STL im Bereich der Straßenunterhaltung sinnvollerweise einzusetzenden Mittel müssen sowohl durch das vorhandene Personal angemessen betreut werden können als auch mit den Projekten anderer Vorhabenträger in der Stadt, also insbesondere dem SEL und den Stadtwerken, abgestimmt werden. Hiernach ergibt sich ein regelmäßiges Umsetzungsvolumen von jährlich zwischen 500.000 und 750.000 Euro.
3. Die Mittelbereitstellung sollte, Stichwort: Planungssicherheit und frühzeitige Auftragsvergabe, nicht erst mit dem Haushalt der Stadt Lüdenscheid erfolgen, sondern möglichst vorher. Hierzu wurde in der gemeinsamen Runde die Idee entwickelt, zukünftig im Haushalt für das Jahr X, die Straßenunterhaltungsmittel für das Jahr X+1 vorzusehen und diese dem STL bereits zum Jahresende zur Verwendung im Folgejahr zur Verfügung zu stellen.

So sinnvoll sich diese Maßnahmen gleich auf den ersten Blick darstellen, bergen sie doch ein ernsthaftes HSK-Problem, das noch gelöst werden muss: Die vorgeschlagene Vorgehensweise erhöht die laufenden Aufwendungen dauerhaft in der genannten Größenordnung. Ohne Kompensation durch Aufwandskürzungen an anderer Stelle oder die Generierung von Ertragssteigerungen wäre mit der dauerhaften Berücksichtigung dieses Unterhaltungsaufwands das unmittelbare „Aus“ für das Haushaltssicherungskonzept verbunden.

Als Kompromiss und um Zeit für die weiteren Überlegungen zu gewinnen, wurde eine Mittelanmeldung des STL in Höhe von rund 600.000 Euro für Maßnahmen zur Straßenunterhaltung in den Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2014, nicht aber in die weitere Finanzplanung, aufgenommen. Es ist vorgesehen, diese Mittel zusätzlich zu den bereits in diesem Jahr über Instandhaltungsrückstellungen bereit gestellten und über drei Jahr verteilt einzusetzenden Mitteln von gut 1,5 Mio. Euro, zur Verfügung zu stellen.

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das eingangs angesprochene Wappen von Paris zeigt ein Schiff unter vollen Segeln. Ich finde, dieses Bild passt gut zu Lüdenscheid. Auch wenn die Einwohnerzahl in den letzten Jahren spürbar zurückgegangen ist, auch wenn wir große finanzielle Sorgen haben, geht es in Lüdenscheid doch erkennbar voran. Nach der erfolgreichen Neugestaltung des Rathausumfeldes entwickeln sich das Bahnhofsquartier und das große Regionale-Projekt Denkfabrik in höchst erfreulicher Weise. Möglicherweise ergeben sich für die Altstadt in den nächsten Jahren vergleichbare, überaus wünschenswerte Perspektiven.

Ich will die vielen Projekte und erfreulichen Entwicklungen, auf die der Bürgermeister in seinen Reden immer wieder hinweist, hier nicht wiederholen. Das Bild vom Schiff in voller Fahrt trifft die Sache wohl ganz gut - und zeigt zudem einen aus Lüdenscheider Sicht überaus positiven Kontrast zu Entwicklungen, die in manchen Ruhrgebietsstädten leider zu beobachten sind.

Hoffen wir, dass sich die positive Stadtentwicklung fortsetzt; hoffen wir, dass wir in den nächsten Jahren von solchen Stürmen wie in diesem Jahr verschont bleiben. Es schwankt, aber es sinkt nicht. Das ist aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen eine berechtigte Hoffnung.

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum Schluss meiner Rede möchte ich, nicht einer Tradition folgend, sondern aus voller Überzeugung einige Worte des Dankes sagen:

Zunächst möchte ich mich bei allen Fachbereichen und Fachdiensten für die insgesamt sehr gute Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Verwaltungsentwurfs und die bei der Wahrnehmung fachlicher Aufgaben nicht immer einfache Einhaltung von Budgetvorgaben bedanken.

Ein großes Dankeschön geht - wie in jedem Jahr - an die Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei unter Leitung von Sven Haarhaus: Ohne eure sachverständige, tatkräftige und engagierte Mithilfe wäre die Vorlage dieses Verwaltungsentwurfs gar nicht möglich gewesen.

Ein Extra-Dankeschön möchte ich in diesem Jahr dem Kollegen Rolf Kürby vom Fachdienst Organisation und IT aussprechen. Er hatte sich - mit gehörigem Respekt und einigem Bammel vor der Aufgabe - bereiterklärt, ohne die ansonsten übliche Einarbeitungszeit die Erarbeitung der Vorlagen zum Stellenplan zu übernehmen. Ich finde, er hat diese wahrlich nicht triviale Aufgabe sehr gut gemeistert.

Schließlich möchte ich von dieser Stelle aus dem vor wenigen Tagen aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen Michael Walker zu seinem wohlverdienten Ruhestand nochmals alles Gute wünschen. Er hat sich in vielen Jahren ebenso engagiert wie kenntnisreich um den Haushalt der Stadt Lüdenscheid gekümmert und wurde mir schon vor meinem Amtsantritt von meinem Amtsvorgänger als außerordentlich tüchtiger und wertvoller Mitarbeiter geschildert. Auch nach seinem Weggang aus der Kämmerei blieb er für mich ein geschätzter Kollege, dessen Rat und Meinungen mir wichtig waren. Seine langjährige Mitwirkung bei der Erarbeitung und Umsetzung des städtischen Haushalts hatte sich übrigens dermaßen tief in das Gedächtnis von einigen eingepägt, dass ihm im Rat auch noch Dank für die Aufstellung des Haushalts zuteil wurde, als er die Aufgabe bereits in die Hände anderer abgegeben hatte.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Es schwankt, aber es sinkt nicht.“ - Erhoffen wir für die Stadt Lüdenscheid auch zukünftig immer mindestens eine Handbreit Wasser unter dem Kiel.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.